

Abonnements

Werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Wertsjahrespreis von: Nr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband) Nr. 3. — für Deutschland (Gauwerk) Nr. 1.70 für Oesterreich (Gauwerk) Nr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltverkehrs (Kreuzband)

Inserate

die dreizehntägige Zeitzeile zu 100. — 20 Pf.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Hoffmann'schen Buchhandlung in Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen franco. Geschäftsliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Nr. 19.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Verleger. In zweifelhafte Fällen einzuschreiben.

5. Mai 1888.

Parteilgenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Eine Antwort.

Folgendes ist der Wortlaut der von unseren ausgewiesenen Genossen erlassenen Erklärung, deren wir bereits in voriger Nummer Erwähnung gethan:

„An alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz!“

Der Schweizerische Bundesrath hat uns aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft verwiesen, unter der Beschuldigung, daß wir durch Herausgabe und Mitwirkung an der Herstellung des „Sozialdemokrat“, und zwar von uns ausserdem durch Mitwirkung an der Herstellung des einmal — und zwar vor über Jahresfrist — erschienenen „Rothem Teufels“ die „schweizerische Gastfreundschaft mißbraucht“ haben.

Dieser Vorwurf nötigt uns zu einer Antwort. Nicht in unserem persönlichen Interesse — denn wir geben uns in keiner Weise der Illusion hin, daß diese Antwort eine Abänderung der verhängten Maßregelung zur Folge haben wird — wohl aber im Interesse der Sache, die in uns getroffen ist, im Interesse der Freiheit und des Rechts.

Alles, was uns in den Motiven, durch welche der Bundesrath unsere Ausweisung vor dem Schweizervolk rechtfertigen zu können glaubt, zur Last gelegt wird, sind Vergehen, die sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse bewegen, d. h. auf einem Gebiete, für welches die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleistet. Es ist uns nicht eine einzige Handlung nachgewiesen worden, und es konnte uns nicht eine einzige Handlung nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifizirte, weder Vorbereitung noch Aufforderung, noch auch nur Ermunterung zu gewaltthätigen, beziehungsweise hochverrätherischen Unternehmungen.

Worauf der Bundesrath seine Maßregel begründet, das ist einzig und allein die „aufreizende Polemik gegen Einrichtungen und Behörden des deutschen Reiches“, die der „Sozialdemokrat“ unterhalten habe. Diese sei geeignet, die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate zu gefährden.

Das ist eine durchaus neue Auffassung von der internationalen Verantwortlichkeit der Staaten. Bisher pflegten die Regierungen einander nur für die Schreibweise derselben Blätter verantwortlich zu machen, auf deren Haltung die einzelnen unter ihnen maßgebenden Einflüsse ausübten, d. h. der amtlichen oder in notorischer Beziehung zu den Regierungen stehenden (sog. offiziellen) Presse. Nun soll diese Verantwortlichkeit auch ausgedehnt werden auf die Presse im Allgemeinen. Freilich trifft heute die Maßregelung nur „Ausländer“. Aber die Schweizerische Verfassung macht in Bezug auf die Presse keinen Unterschied zwischen Landesangehörigen und Ausländern, sie gewährleistet sie den Einen so gut wie den Andern, wie dies auch dem Geist dieser Verfassung und den Niederlassungsbedingungen mit dem Auslande entspricht.

Wie will man zudem die Pressefreiheit für Angehörige der Eidgenossenschaft aufrechterhalten, wenn man es grundsätzlich als zulässig anerkennt, daß die „freundschaftlichen Beziehungen zu benachbarten Ländern“ Maßnahmen gegen die Presse, mit **Beiseitstellung des gemeinen Rechtes**, durch bloße Verwaltungsmaßregeln erfordern und rechtfertigen? Was man uns in Bezug auf den „Sozialdemokrat“ u. zur Last legt, würde in keiner Weise ein anderes Gesicht tragen, wenn an unserer Stelle Schweizerbürger gestanden hätten oder wenn wir, bevor wir als „kompromittirt“ galten, das Schweizer Bürgerrecht erworben hätten. Wir haben das Letztere im Vertrauen auf die freien Institutionen der Schweiz und das Unabhängigkeitsgefühl des Schweizervolks und seiner Behörden unterlassen.

Wir verschmähten es, die Maske schweizerischer Landesangehörigkeit vorzubinden, als wir es unternahmen, als deutsche Republikaner unsere politischen und sozialen Anschauungen offen darzulegen, was uns in unserem eignen Vaterland durch freundschaftliche Gesetze, in brutaler Vergewaltigung unserer Staatsbürgerrechte, bestritten wird. Wir müssen jetzt dafür büßen. Aber zu unserer Genugthuung können wir konstatiren, daß seit dem Augenblick, da der Bundesrathsbeschuß bekannt wurde, eine große Anzahl von Schweizerbürgern sich erhoben haben, sofort an unsere Stelle zu treten, und zwar unter Zusicherungen, die denen, welche unsere Verjagung bestritten haben, keine Freunde an dem Tausch versprechen.

Aus verschiedenen Auffügen des „Sozialdemokrat“ und aus der Eingabe des mitunterzeichneten Eduard Bernstein an die Polizeidirektion des Kantons Zürich leitet der Bundesrath den Beweis her, daß

die Leiter des „Sozialdemokrat“ entschlossen sind, nur ihre eigene Konvenienz zu Rathe zu ziehen, sowie diejenigen

der ausländischen Partei, deren Organ sie auf unserem Boden fortzuerheben zu lassen sich das Recht anmaßen, ohne irgend welche Rücksicht auf das Land zu nehmen, das sie gastlich aufgenommen hat.

Wir müssen das bestreiten; gerade aus der zitterten Erklärung Bernstein's geht das Gegentheil hervor. Es heißt da:

„Meine Ausführungen haben nur den Zweck, darauf hinzuweisen, daß nicht dasjenige, was der „Sozialdemokrat“ in letzter Zeit geschrieben, neu und unerhört ist, sondern dies eher von etw. darauf sich stützenden Reklamationen (des Auslands) der Fall wäre. Sollten indess solche in Aussicht stehen oder zu befürchten sein, so würde ich, und ich glaube dies auch von meinen Freunden versprechen zu können, insofern dieser neuen Situation Rechnung tragen, als wir mit dementsprechend größerer Sorgfalt darauf bedacht sein würden, grobansüßige Wendungen, wie sie bisher zuweilen unterlaufen sind, aus unseren Publikationen auszumerzen.“

Zeigt das nicht deutlich, daß die Leiter des „Sozialdemokrat“ sehr wohl bereit waren, Rücksicht auf die Lage der Schweiz zu nehmen? Der Bundesrath spricht ja selbst von einer „neuen Kampfmethode“ des „Sozialdemokrat“.

Man muthet uns zu, daß der „Sozialdemokrat“ seinen grundsätzlichen Charakter aufgeben solle. Er soll abgehen von der Aufgabe, die er sich gestellt, aus deren Erfüllung allein er seine Existenzberechtigung ableitet:

„die Grundsätze der Sozialdemokratie zu vertreten, die Unterdrückten und Verfolgten zu vertheidigen, die Unterdrücker und Verfolger zu bekämpfen.“

Ein derartiges Ansinnen haben wir bisher für unmöglich gehalten von Seiten der obersten Behörde eines Landes, in welchem „Pressfreiheit“ herrscht. Wir verlaufen unsere Ueberzeugung nicht um ein Nyl!

Der Bundesrath sagt, der „Sozialdemokrat“ sei „nichts als ein Kampforgane“, er führe eine „aufreizende Polemik gegen Behörden und Einrichtungen des deutschen Reiches“.

Aber welches politische Blatt ist kein „Kampforgane“? Welches Organ einer politischen Partei begehrt nicht die Handlung des „Aufreizens“ gegen Einrichtungen, welche es für falsch, gegen Behörden, deren Grundsätze es für verderblich hält? Die Tonart ist vielleicht eine andere, je nachdem eine Partei in der Opposition oder gar, wie die unsere, unterdrückt, einem schmachvollen Ausnahmegejetz unterstellt ist, und die sogen. Konservativen sind es gerade, die von diesem Recht des „Aufreizens“ den ausgedehntesten Gebrauch machen.

Ohne dieses Recht ist die Pressfreiheit eine Unwahrheit, gleicht sie dem Lichtenberg'schen Messer ohne Griff und Klinge. Jedoch wozu mit dem Bundesrath über alle diese Dinge rechten, wo es doch für jeden Kenner der Sachlage klar liegt, daß er aus eigener Initiative nun und nimmer unsere Ausweisung verfügt hätte?

Wir wollen dem Schweizervolk, unseren speziellen Freunden wie überhaupt allen Freunden der Freiheit und des Rechts, klaren Wein darüber einschenken, wem diese Maßregel zu verdanken ist, die uns jetzt zwingt, das Land, das wir lieb gewonnen, dessen Institutionen wir hochschätzen gelernt und dessen Gesetze wir allezeit beobachtet haben, zu verlassen. Nicht die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ ist daran schuld — diese war früher wesentlich „aggressiver“ als jetzt — noch die der übrigen Publikationen unserer Druckerei, von denen eine ganze Anzahl nicht einmal in Deutschland verboten sind, sondern **unsere Enthüllungen über das schmachvolle Treiben des preussischen Lockspiegelwesens, das seinen obersten Träger in Herrn von Puttkamer in Berlin findet.**

Als vor zwei Jahren unser Genosse Paul Singer im deutschen Reichstag das standalöse Treiben eines solchen Lockspiegels gekennzeichnet wurde, wurde er in gleicher Münze bezahlt. Bis dahin hatte die Polizei gezaudert, Singer, der sich in Berlin auch in den Kreisen der Gegner unserer Partei der größten Hochachtung erfreute, und dessen uneigennütziges, opferwilliges Wirken im Interesse des Allgemeinwohls allseits anerkannt ist, anzudeuten, trotzdem ihr seine Parteilichkeit als Sozialdemokrat bekannt war. Als er aber sich dazu verstieg, einen Stenden — den berichtigten Heppion Thring-Mahlow und damit das System, das sich solcher Subjekte bedient, an den Pranger zu stellen, da war seine Ausweisung beschlossene Sache. Ebenso ereilte die Ausweisung unsern Genossen Jens E. Christensen, der hauptsächlich dazu beigetragen, den Thring-Mahlow zu entlarven. Sie hatten das System Puttkamer bloßgestellt, und belamen dafür die Rache des Herrn von Puttkamer zu kosten.

Und ebenso geht es jetzt uns. Es ist die Rache des Herrn von Puttkamer, der wir zum Opfer gefallen. Unsere Ausweisung ist die „**ellatante Genugthuung**“

für die beschämende Niederlage, die das preussische Spiegelsystem und seine Leiter im letzten Reichstage vor aller Welt erlitten. Die Schröder, die Haupt, die Geurich — sie sind gerächt, und ebenso ihre Auftraggeber.

Mit welchen Mitteln dieses Resultat erreicht wurde, wollen wir hier nicht untersuchen, die Art, wie das geschmacklose, politisch aber absolut unbedeutende Basler Karnevalsgeblöck zu einer diplomatischen Aktion des großen deutschen Reichs gegen die kleine Schweiz benützt wurde, spricht in dieser Hinsicht laut genug. Ob aber der Bundesrath wirklich zum Wohle der Eidgenossenschaft und ihrer freirechtlichen Einrichtungen gehandelt hat, als er der von Deutschland geliebten Pression nachgab, darüber zu rechten, ist nicht unsere Sache.

Aber wir fürchten, daß mit unserer Ausweisung ein erster Schritt gemacht wurde, der weitere, noch folgenschwerere nach sich ziehen wird. Die Schweiz soll zum Büttel der Bismarck'schen Polizei herabgewürdigt werden, das ist der Zweck, den diejenigen im Auge haben, die unsere Ausweisung bekräftigen.

Wir überlassen es dem Schweizervolk, sich darüber klar zu werden, ob eine solche Rolle seiner Stellung, die es bisher unter den Völkern Europas einnahm, würdig ist.

Noch auf einen Umstand müssen wir hinweisen. Wie schon die Angaben des Bundesrathes in der Botschaft vom 12. März dieses Jahres über die Leitung des „Sozialdemokrat“, so stimmen auch die in den Motiven unserer Ausweisung gemachten Angaben über unsere Beziehungen zum „Sozialdemokrat“ fast wörtlich überein mit den Angaben des **Preussischen Polizei-Inspektors Krieter** in Magdeburg in seiner, auf Grund von Spiegelerichten zusammengestoppelten Sensationschrift „Die geheime Organisation der sozialdemokratischen Partei“. Auch das geschmackvolle Beiwort „Der rothe Postmeister“, das dem mitunterzeichneten Motteler beigelegt wird, und eine Erfindung ist **des berühmten Lockspiegels Friedemann**, ist der Krieter'schen Schrift entnommen.

In seiner Botschaft vom 12. März d. Js. an die Bundesversammlung erklärte der Bundesrath noch in Bezug auf die sozialistische Richtung, der wir angehören:

„Die letztere Fraktion erklärt, daß sie nur mit gesetzlichen Mitteln den Sieg ihrer Ideen erreichen wolle, und daß sie die Propaganda der That, den Gebrauch von Dynamit u. zurückweise. Die Nummern, welche wir vor Augen hatten, bestätigen im Allgemeinen diese Thesen.“

Und in Bezug auf die Schreibweise des „Sozialdemokrat“:

„Seine Sprache, im Allgemeinen heftig und beleidigend, wenn auch nicht in dem Grade, wie bisweilen diejenige französischer und selbst schweizerischer Blätter, hat dazu geführt“ u. s. w.

Mit andern Worten, der Bundesrath gesteht zu, daß wir diejenigen, die uns und unsere Gefinnungsgenossen ächten, nur mit solchen Waffen bekämpfen, wie sie in jedem freien Land den Bürgern unbedingt zugestanden werden — denen der Presse — und daß die Sprache des „Sozialdemokrat“, so scharf sie auch ist, doch keineswegs eine unerhörte ist. Und nun auf einmal werden wir jetzt, sechs Wochen später, ohne Urtheilsspruch des Landes verwiesen!

Wir wissen, an wen wir uns wegen dieser Maßregel zu halten haben, und verlassen daher ohne Groll das Land, mit dessen Bewohnern wir in den Jahren unseres höchsten Aufenthalts stets den freundschaftlichsten Verkehr unterhalten haben. Ohne Groll, aber mit dem tiefsten Bedauern darüber, daß es den ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn gethan, deren Endpunkt den Verlust seiner Freiheit bedeutet.

Göttingen-Zürich, 21. April 1888.

E. Bernstein. J. Motteler. H. Schlüter. J. Kaufher.“

Etwas über „Gleichheit“.

Einer der letzten Nummern des Chicagoer „Vorboten“ entnehmen wir den nachstehenden, „Ein Besessenen“ überschriebenen Artikel Diehgen's, der besser, als jeder Redner es könnte, den Geist des vortrefflichen Witzkretters charakterisirt, den der Tod uns so plötzlich entriß:

„In seiner vorletzten Nummer bringt „Der arme Teufel“ als Auktionen folgendes Sagen:

„Jeder einzelne Mensch mit normalem Gehirn und im Besitze der Durchschnittsbildung seiner Zeitgenossen weiß, kennt und kann ein Ding am besten von allen lebenden Menschen.“

Dieser Ausspruch ist so recht echt sozialistisch. Es ist darin ein belangreicher Theil der neuen Lehre enthalten, womit der Sozialismus der alten Welt gegenübertritt.

Zur Zeit als der Adel herrschte, spukte eine ganz umgekehrte Anschauung in den Köpfen der Menschen. Da waren es einzelne hervorragende Halbgehirn und Herden, welche allein etwas wußten, kannten und konnten, was sonst kein Mensch konnte und verstand.

Dann kam das Bürgerthum und machte Furor mit seiner Demokratie, einer Demokratie, welche Heinrich Heine im Gegensatz zu der Demokratie, die vom Sozialismus angepöbelt wird, so trefflich

lassen werden. — In Punkt 1 unserer Forderungen bemerken wir, daß diese selbstverständlich ist gegenüber einer deutsch sprechenden, industriell hoch entwickelten Bevölkerung von über 80 Millionen. Die Forderung unter Punkt 2 ergibt sich aus der Zwangslage, in welcher sich die Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien Deutschlands und Oesterreichs befinden. Eine offizielle Vertretung derselben würde auf Grund der bestehenden Gesetzgebung ungesetzlich die Auflösung der betreffenden Organisationen und die strafrechtliche Verfolgung ihrer Leiter nach sich ziehen. Eine Vertretung der Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs ist daher nicht anders möglich, als daß, wie es Punkt 3 unserer Forderungen vorsieht, die Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten *ex ipso* auch als Vertreter auf dem internationalen Arbeiterkongreß zugelassen werden, oder daß die Beauftragten den Nachweis führen, daß sie im direkten Auftrag von so und so viel Hunderten oder Tausenden von Arbeitern dieses oder jenes Arbeitszweiges erschienen. Die Erläuterung zu Punkt 3 unserer Forderung ist in vorstehendem enthalten. Wir sprechen hierbei die Ansicht aus, daß es zweckmäßig wäre, auf dem Kongreß es nicht all zu streng mit den Formalien zu nehmen, sondern daß man jeden zulasse, von dem bekannt ist oder nachgewiesen wird, daß er zu einer Verbindung gehört, die für die Emanzipation der Arbeiterklasse wirkt. Die Aufgabe des Kongresses kann durch die vielseitige Vertretung der Arbeiterklasse nur gefördert werden. — Für den Fall, daß es dem Parliamentary Committee nicht unermüdet wäre, weiteren Ausschluß über die eigentümlichen Zustände in Deutschland und Oesterreich zu erhalten, haben wir die Herrn G. Kautsky und Adam Weiser in London — hier folgen die betreffenden Adressen — gebeten, sich zu mündlicher Auskunft bereit zu erklären. Eine definitive Antwort auf unser Anliegen wäre uns bis spätestens 1. Februar erwünscht. Mit kameradschaftlichem Gruß: im Auftrag der sozialistischen Fraktion des Deutschen Reichstags.

Der Brief spricht, denken wir, für sich selbst.

— Und wär' der Plan nicht so verknüpft geknüpft, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. In höheren Berliner Kreisen kauft man, wie man uns schreibt, das vertrauliche Eingeständnis, daß man auf die Unterdrückung resp. Aufhebung des „Sozialdemokrat“ ernstlich gar nicht gerechnet habe. Der Hauptzweck des gegen ihn geführten Schlags sei der, die bisherigen unerschütterlichen und ehrlichen Leiter von der Geschäftsführung zu beseitigen und dieses Mandat so lange gegen jeden ähnlichen Ersatz fortsetzen zu lassen, als bei Mangel an neuen Leuten sich endlich die Möglichkeit bietet, — einen geschickten Gentleman in's Riß lenken zu können. Wenn nicht, so wird man die Schweiz weiter hores lehren.

In diese „diakreten“ Herzergriffe erinnert eine vor Kurzem in der Kaufmannischen „Berliner Post“ ausgetauchte, auf London getauchte Korrespondenz, worin unter Anderem nach sehr schmeichelhafter Anerkennung der bisherigen Leistungen in Administration und Verbreitung des zürcherischen Parteiorgans folgendermaßen geschloßenermaßen wird: „Es wird daher den nachfolgenden schwer fallen, den bisherigen Vertrieb mit all seinen Schwierigkeiten in der Bekämpfung, den Apparat von Dekabreen, den Vertrauensmännern u. nur annähernd im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, selbst wenn die schweizerischen Behörden nicht — wie dies der Fall zu sein scheint — jetzt ernstlich daran gehen, eine bessere Grenzüberwachung einzutreten zu lassen. Dann ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie selbstverständlich erst und schließlich gemacht.“

Dieser Erguß hat sich auch in schweizerische Blätter ausgebreitet, die ernstlich heiligen Druck von Außen läugnen, während gewisse kleinere Leuchten des politischen Anstandes und der Schweizer Freiheit nicht müde werden, auszurufen: „Was wird wohl Deutschland dazu sagen!“

Die Antwort ist oben gegeben. Wir sind begierig, was das Schweizer Volk und dessen unabhängige Presse dazu sagen und ob sie jene Ausfernach „Druck von Außen“ endlich hores lehren werden.

— Emil Zola hat nach seinem Roman „Germinal“ ein großes Drama geschrieben, und dieses Drama ist vor Kurzem im Chatelet-Theater in Paris zur Aufführung gelangt und durchgefallen, oder sagen wir lieber, von Publikum, das zu 2/3 der Bourgeoisie angehört, abgelehnt worden. Einer der Hauptmotive, die die bürgerliche Kritik gegen das Stück erhebt, war der, daß es melodramatisch im allen Stil sei. Da wir das Stück selbst nicht kennen, so können wir uns natürlich auch kein Urtheil darüber erlauben, in wie weit es diese Bemerkung rechtfertigt, wir wollen sogar zugeben, daß es ein schlechtes Stück sei, aber aus allen Kritiken, die wir zu Gesicht bekommen, läßt doch zwischen den Zeilen ein anderer Vorwurf heraus: die Bourgeoisie will von keinen Konflikten mehr wissen, die sich aus den sozialen Gegensätzen ergeben, sie will nur individuelle Konflikte vorgeführt sehen, Konflikte, die für etliche Stunden angenehm erregen, aber das soziale Bewußtsein lähmend in Ruhe lassen. Vor allen Dingen verzieht sie es Zola nicht, daß er die Zustände auf der Bühne bringt, ohne sie zugleich harmonisch aufzulösen.

Auf alle diese Vorwürfe antwortet Zola im Pariser „Figaro“ einem seiner Kritiker des Ausführenden, und seiner Antwort entnehmen das „Brüßler „Peuple“ die nachfolgenden Zeilen, die auch uns des Abdrucks werth erscheinen:

... Auch unser Sozialismus, scheint es, ist eine alte Geschichte. Er ist eine ebenso alte Geschichte wie das Elend, das Hunger, das Fieber. Auf jeden Fall ist er keine ältere Geschichte als der im Roman enthaltene Sozialismus, und man hat gern zugegeben, daß der Roman die soziale Frage in ihrer ganzen furchtbaren Gegenwärtigkeit aufwarf. Sie finden Souvarin veraltet, Sie sind überfällig. Was brauchen Sie denn, wenn Souvarin Ihnen nicht mehr genügt? Denn ich will Ihnen nur sagen, daß die Bekämpfung der Ansprüche Souvarin's Seite Souvarin's sind. Und Sie beschäftigen sich sehr, wenn Sie uns fragen, ob wir eine Lösung bringen. Wo haben Sie gesehen, daß Schriftsteller eine Lösung zu bringen haben? Sie legen das Uebel bloß, und an der Nation selbst ist es, die Lösung vorzunehmen.

„Rein, sagen Sie es doch offen heraus, Sie sind, als Sie von „Germinal“ sorgfältig, in die „Ueberraschungen der Eheführung“ (Ein neuer, mit großem Erfolg gegebener Schwank. Red. d. S. D.) gefolgt. Hat man je Leute gesehen, die vor Hunger und Kälte starben? Und es gibt Bühnendichter, die gekommen und uns von so abschrecklichen Dingen reden! Kann man nicht Hunger sterben, ohne diejenigen zu belächeln, die gut gekleidet sind? Das Uebel ist häßlich, das Stück ruft das Mitleid nach, und das ist kein Verbrechen. Wir sind müde der Politik, wir haben alle den egoistischen Wunsch, die Ohren vor dem Unglück zugeklopft, in Ruhe zu leben. Und darum findet „Germinal“ in diesen Tagen der Bekennungen, da Jeder das Theater sein möchte, das seine Wege geht, das Pferd zu sein wünscht, das sein Heu verzehrt, eine so traurige Aufnahme. Hier liegt, trotz Ihrer Pariser Windmühle, Ihre einzige Entschuldigung dafür, daß Sie ein Werk wirklichen Erbarmens so übel aufnehmen. Sprechen Sie nur diese Entschuldigung aus, wenn Sie nicht für weniger gut und intelligent gelten wollen als Sie sind.“

„Ja, es geht in diesem Jahre ein Wind der Schwänke. Nicht das Leben ist es, was Sie wollen, denn auch das Leben hat keine Bitterkeit. Sie wollen das absolute Inhaltlose, ein gutartiges, nichtsagendes Stück, aus dem man nichts mit fort nimmt, das man beim Hinwegsgehen wegwirft, wie den Rest der Zigarre, die man geraucht. Namentlich keine Literatur, denn die Arbeit des Dichtens ist ja hart. Kaum den „Ueberraschungen der Eheführung“ entranng sich dem Herzen des Herrn Sartre (angelegener Pariser Kunstkritiker) der Ausruf: „Ich schwimme in Sonne“. Das ist das Lösungswort des Jahres in Bezug auf das Theater. Mit einem Wort, wir haben Bankrott gemacht. Es giebt keinen Stil mehr, es giebt keine Beobachtung mehr, es giebt keine Gedankenschicht mehr — alles dahin. Es giebt nur noch das Nichts.“

So Zola. Man mag manches von dem, was er da sagt, auf das Konto persönlicher Erbitterung über den Durchfall seines Stücks setzen, trotzdem wird jeder unparteiische Beobachter ihm im Wesentlichen Recht geben müssen. Nur daß der „Wind der Schwänke“ nicht erst in diesem Jahre weht, sondern unsere ganze Epoche heherrscht. Man muß nur das Wort „Schwank“ nicht in zu buchstäblichem Sinne nehmen, nicht der lustige, der lustige Inhalt charakteristisch den Schwank, es das Stück selbst nun föhlich oder traurig endet. Herr Zola's „Hüttenbesitzer“, der auf einer der ersten Bühnen von Paris über 300 Aufführungen

erlebte und Apertoirsäße aller Bühnen Europas gemordet ist, gehört trotz seiner „Hüttenbesitzer“ und Senienämpfe ebensoviele zu den Schwänken, wie Herrn Wildenbruch's väterländische Dramen, an denen sich der patriotische Whilster des neuen deutschen Kaiserreichs im Hochgefühl seiner Anechtlichkeit erbaute, und die neueren Schauspiele des Blumenthal, Kerrone, Lindau, an denen er sich im Bewußtsein seiner moralischen Absichten erhebt. Wohl dem, der das begriff, und sich von jedem Versuch fern hält, den modernen Theaterbesucher, d. h. unsere Besthenden, zum Denken anzuregen, er wird zum reichen Mann dabei.

Mit Zola's Irrthümern über den Sozialismus brauchen wir uns nicht erst eingehend zu befassen. Unse Leser wissen, daß der moderne Sozialismus nicht mit so unsicheren Faktoren wie Mitleid und Erbarmen rechnet.

— Man schreibt uns aus Deutschland:

Die Hag gegen die englischen Verzte, welche das enorme Verbrechen begangen haben, den Kaiser Friedrich, damaligen Kronprinzen, im November vor dem Messer des Dr. Bergmann zu bewahren, nimmt immer größere Dimensionen an, so daß die Herren Radzisz und Howell es für nöthig gehalten haben, den Schuß der Gerichte anzurufen. Auf die Heger macht das jedoch wenig Eindruck — sie haben sehr einflussreiche Protektoren, und es wird ihnen kein Haar gekrümmt werden. Dieses Gesindel weiß wohl, daß die thätliche That nicht in den Händen des Kaisers liegt. Und wenn man bedenkt, daß nach Mitteilung der Berliner „Post“ kein geringerer als Herr Herbert Bismarck der Gewährs- und Hintermann der „Königlichen Zeitung“ ist, dann wird man die Sicherheit der Bergmann und Heger begreifen.

Unsere Staatsanwälte schlafen — natürlich nur mit einem Auge, wie die Hagen. Das rechte Auge schläft, das linke wacht. Und während das linke oppositionelle Auge, das sich herannahet, erspäht und erschaut wird, können die höchsten patriotischen Elephanten, Altpferde und Rhinogerosse herumtrotzen, daß die ganze Erde erschüttert — sie werden nicht bemerkt. Diese Blindheit nach rechts und Scharfsichtigkeit nach links ist ein seltsames Naturspiel, für das und glücklicherweise der Schlüssel nicht fehlt.

Wir sind von diesem Naturspiel auch nicht sonderlich erbaut — trotzdem fühlen wir uns von Ekel erfüllt, wenn wir sehen, wie gewisse Fortschrittblätter, namentlich der Richter-Parifus'sche „Reichsfreund“, den Staatsanwalt um Hilfe ansetzen. Den Staatsanwalt dem Staatsanwalt benennigen! Kann man sich — von der Unanständigkeit abgesehen — etwas Absurderes denken?

— Der „Gnadenerlaß“ des Königs von Preußen — fortrigt. In den vom Gnadenerlaß Friedrich III. — sagen wir Begünstigten gehört auch der, seinerzeit in Göttingen wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurtheilte Maurer Hartwig in Hamburg. „Ein Sozialdemokrat und Anarchist“ — Das darf nicht sein“, dachte das ehrenwerthe Polizeibeamtenthum der preussischen Republik und das verfuhrte, daß Hartwig auf Grund des Ausnahmegesetzes auf dem nördlichen Gebiet des kleinen Befestigungszustandes ausgewiesen sei. So ist der Schaden wenigstens einigermaßen „gut gemacht.“

Bei dieser Gelegenheit sei überdies erwähnt, daß es nunmehr allgemein eingesehen ist, daß Friedrich III. die Amnestie auch auf die Opfer des Sozialistengesetzes ausdehnen wollte, aber von Bismarck daran verhindert wurde. Der große Sozialreformer erklärte, für die Ruhe und Sicherheit des Staats dann nicht stehen zu können. Und um seinen Worten größeren Nachdruck zu geben, wurde die große Kazzia gegen die Sozialdemokraten veranstaltet und ein Volkstribunal von Rassenhausungen und Massenverhaftungen ergoß sich über das Rheinland.

Demnach wurde die Polizei angewiesen, Bericht über den Stand der öffentlichen Sicherheit und die seitens der Sozialdemokratie drohenden Gefahren an die Berliner Zentralstelle (Puttkamer-Krüger) zu erstatten.

Die Polizei kam ihrer Aufgabe prompt nach. Die Kazzia fand mit wohlberednetem Lärm statt und um die Sache noch gruslicher erscheinen zu lassen, wurde im Rheinland ein Theil der Verhafteten „geschlossen“ — und wie die Berichte der Herren Ehrenberg und sonstiger „Vertrauensleute“ des Herrn Krüger ausgefallen sein mögen, das kann man sich denken.

Zwischenzeitlich ist — und nur deshalb erwähnen wir des Umstandes noch einmal — daß die Massenverhaftungen des vorigen Monats nicht zur Abwehr irgend einer wirklichen oder auch nur vermuteten Gefahr, sondern einzig und allein, um die Nothwendigkeit des jetzigen Polizeiregiments zu beweisen, in Szene gesetzt worden sind.

— Warum Deutschland keinen Normalarbeitstag braucht.

Dem Berliner „Volkswort“ geht aus Breslau bei Stettin die nachstehende Einwendung zu: „Der Redaktion des „Berliner Volksblatt“ erlauben wir uns hiermit die Frage zu stellen: ob es auch wohl möglich ist, daß ein Arbeiter in dreizehn Arbeitstagen 203 Lohnstunden zu arbeiten im Stande ist. Dieses ist nämlich bei einem Arbeiter des Vulkan hierseits der Fall gewesen, wie ausliegende Lohnzettel näher nachweist. (Der Zettel liegt bei Red. d. B.) Es ist im Vulkan nämlich der 16. und 30. resp. 31. jeden Monats Zahlungsschluß, alsdann findet die Lohnung der Arbeiter drei Tage später statt, d. h. wenn kein Sonn- oder Festtag dazwischen trifft; sonst werden auch wohl vier bis fünf Tage daraus, wie dieses hier zu Oftern er. der Fall gewesen ist; da fand die Lohnung erst am 5. April statt, wie aus 6-tägigem Lohnzettel ebenfalls zu sehen ist (diese Zeit gebrauchen die Herren Bureaubeamten zum Berechnen der Löhne). Es sind also in der Zeit vom 15. März bis zum 1. April dreizehn Arbeitstage, und in dieser Zeit soll und will der auf dem Zettel benannte Arbeiter 203 Lohnstunden gearbeitet haben. Da und dieses ganz unnatürlich, ja übermenschlich erscheint, so erlauben wir uns, die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ hiermit um gütige Aufklärung zu bitten, auf welche Art und Weise ein Mensch dieses wohl im Stande ist, um dabei Mensch zu bleiben und nicht vor der Zeit gänzlich zu Grunde zu gehen.“

203 Arbeitstunden in 13 Arbeitstagen macht pro Tag 15,6 Arbeitstunden. Bleiben dem Arbeiter, wenn er den Gang zur und von der Werkstätte abzieht, noch nicht acht Stunden für Essenszeit, Erholung und Schlaf. Daß ein Mensch bei solcher Schinderei absolut nicht bestehen kann, wird jeder Mediziner sofort zu geben aber — und dieses Uebel wird in Deutschland sehr groß geschrieben — was hat der Mediziner einzuwenden, wo die Geschäftskasse profite in Betracht kommen? Wenn diese es notwendig machen, daß der Arbeiter un-menschlich abgerackert wird, so ist das Abdrücken ganz in der Ordnung, und keine Gesetzgebung hat sich dreinmischen. So will es der große Landmann des Stettiner Vulkan, und darum braucht Deutschland kein Fabrikinspektorat, kein Verbot der Sonntagsarbeit und vor allem keinen Normalarbeitstag.

Sprechsaal.

Der in Nr. 52 (1887) d. Bl. als „Vertrauensmann“ der Berliner Polizei signaltirte
Neumann, Tischler aus Hamburg
heißt mit vollem Namen:
H. H. Neumann,
und wohnt
Parkstraße 25/III. in Hamburg-St. Pauli.

Derfelbe wurde, seinen eigenen Angaben gemäß, am 10. Juli 1882 aus Berlin ausgewiesen und lernte die nächsten drei Monate nach Arbeit umher. Von Berlin Pianothier, arbeitete er in Dresden, Leipzig, Köln a. Rh., Magdeburg, Plessen, Breslau, Halle a. S., Köthen, Dortmund, Düsseldorf und zuletzt wieder in Plessen, von wo er an's Berliner Polizeipräsidium „um Urlaub einkam“, weil seine Frau ihre Niederkunft erwartete. Dieser wurde ihm von 8 zu 8 Tagen bewilligt, bis er im Januar 1883 Berlin übermal verlassen mußte.

Er wandte sich jetzt nach Hamburg, wo er unangemeldet 1/2 Jahr unbeschäftigt blieb, eines Tages Vorladung zur Polizei erhielt und dort die schriftliche Erklärung abgab, „sich von jedweder Parteithätigkeit und Agitation fernzuhalten“, worauf er ungehindert in Arbeiterkreisen ein gewisses Vertrauen erlangte und schließlich als Kassirer eines Krankenvereins seiner „Aemter“ zweifach waltete konnte.

Neumann führt einen Hauspfeil mit „H. Neumann“ und oben an gegebener Adresse. Er liebt es aber, sich bald „N.“, bald „F.“ Neumann zu nennen, woraus sich der Ursprung erklärt, daß einige Kamensdicker gelegentlich mit ihm verwechselt wurden. Seine Reklamationen um 3 zu 8 nahme der gegen ihn erlassenen Warnung haben zusätzlich die absolute Sicherheit unserer ursprünglichen Gewährschaf weiter bestätigt.

Man halte und also über diesen
Polizei-Vertrauensmann
jederzeit und allwärts auf dem Laufenden, wo er sich blicken läßt.

Dies auf die verschiedentlichen Anfragen aus Eingang erwählter Orten.

Es geht uns mit der Bitte um Abdruck der nachstehende
Ausruf

zu, den wir der allgemeinen Beachtung anempfehlen können.
An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Arbeiter, Genossen! Durch die traurigen Erwerbsverhältnisse, welche ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr möglich machen, gezwungen legten am 24. April sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Bremer Jute-Spinnerei und Weberei zu **Hemlingen**, circa 1000 Personen an der Zahl, die Arbeit nieder.

Die Forderung, welche so beschlossen ist, daß sie geringer nicht gedacht werden kann, wurde seitens der Direktion kurzweg abgeschlagen. Da die Zahl der Streikenden eine sehr große ist, dieselben sich auch sehr musterhaft halten, wird der Kampf wohl ein heiser und hart werden. Deshalb, Genossen, helft uns in dem gerechten Kampf gegen das Ausbeuterthum, was auch wir ja stets unserer Pflicht gegen die Allgemeinheit bemüht waren.

Unser Sieg ist auch der Eure. Rasche Hilfe ist ja doppelt Hilfe.

Mit Brudergruß!
Das Streikkomitee.
Briefe und Gelder sind zu senden an
Herrn Friedrich Vogel
in Habelt, Weserdamm 14.

An unsere Leser.

Um eine geordnete Fortführung der Geschäfte sofort zu ermöglichen ist säkneige Abwicklung alles Schwebenden dringend geboten. Veränderungen von Dekabreen und alle weiter notwendig werdende Veränderungen im Geschäftsvertrah werden wie bisher stets rechtzeitig mitgetheilt. Tue Jeder sein Möglichstes, und der neueste Schlag wird aufgescheuert zurückprallen.
Unmüde und freundschaftlich grüßend!
Ende April 1888.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten: aus Berlin (Ebersfeld), Birkendheim (Belgien), Otten, Barch (Gedichte und „Ball“ Freund“), Paris (in nächster Nr.).
Für die deutschsrift erhalten: Einwendungen aus Barmbeck, Brüssel, Frankfurt a. M., Goldlauter b. Suß.
der Expedition: E. B. Brüssel: Jubiläumsmaterial bld. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Anzeigen.

Kopenhagen Deutsche Lesegesellschaft.
Unsere Vereinsversammlungen finden Statt: jeden Donnerstag Abend 8 Uhr in Nömersgade 22, 2. Stock (Seitengebäude).
Zureichende Genossen wollen genau auf unsere Adresse achten.
Der Vorstand.
Paris Das Lokal der deutschen sozialdemokratischen Partei
Café de la nouvelle Poste,
Ecke der Rue Montmartre und der Rue Etienne Marcel.
Sungang: Rue Etienne Marcel 88.
Gedruckt bei der Expedition des „Sozialdemokrat“.